

Berlin/Stuttgart, 27. April 2006

### **SPD manifestiert Unvereinbarkeitsbeschluß durch den Parteirat**

**JUSOS nutzen die Schwächung der SPD aus, um ihren Unvereinbarkeitsbeschluß durchzusetzen. Diskussion mit der Deutschen Burschenschaft verweigert.**

Berlin/Stuttgart.

Die Deutsche Burschenschaft nimmt bedauernd zur Kenntnis, daß der Ende März 2006 gefaßte Beschluß des Parteivorstandes der SPD, eine Unvereinbarkeit einer gleichzeitigen Mitgliedschaft in der SPD und in einer Burschenschaft, die der Burschenschaftlichen Gemeinschaft innerhalb der Deutschen Burschenschaft angehört, festzustellen, nunmehr vom Parteirat bestätigt wurde. Damit ist der Beschluß rechtswirksam und für die SPD- Untergliederungen bindend. Ob er einer rechtlichen Überprüfung durch ordentliche Gerichte standhält, ist allerdings zweifelhaft.

Nicht sonderlich erstaunt zeigte sich der Sprecher der Deutschen Burschenschaft, Stefan Teufel, darüber, daß dieser Beschluß nun auch vom Parteirat „durchgewunken“ wurde. Nachdem der Parteivorstand der SPD den völlig haltlosen Darstellungen der SPD-Jugendorganisation, den JUSOS, aufgesessen ist, kam dieser Beschluß des Parteirates nicht sonderlich überraschend.

„Die SPD ist zur Zeit durch zahlreiche andere Probleme geschwächt. Dies macht es solch ideologisch verbohrtten Gruppen wie den JUSOS natürlich leicht, ihre Vorhaben von verschiedenen Gremien durchzupeitschen.“

Vielmehr sei es das Verhalten der JUSOS, das hier wiederholt zu kritisieren sei, insbesondere die konsequente Verweigerung einer Diskussion: „Wer andere öffentlich in einer solchen Art kritisiert, sollte auch das Rückgrat besitzen, sich in einem demokratischen Diskurs mit den Betroffenen auseinanderzusetzen. Es erfordert ein gewisses Niveau, mit einer konträren Argumentation umzugehen und eventuell feststellen zu müssen, daß auch die Position des Kontrahenten berech-



# Deutsche Burschenschaft

## Presse - Informationen

tigt ist. Das Fehler dieses Niveaus bei der Jugendorganisation der SPD ist bedauerlich und macht deutlich klar, daß die demokratische Werteordnung in weiten Teilen der JUSOS nicht verstanden wurde.“

Er nahm damit offensichtlich darauf Bezug, daß die Vorsitzende Burschenschaft, Alemannia Stuttgart, zum 13. April 2006 die Jusos sowie die JUSO-Hochschulgruppen zu einer Diskussionsrunde auf das Alemannenhaus in Stuttgart einlud. Diskussionspunkte sollten gerade die angenommene Unvereinbarkeit und die Vorwürfe der JUSOS bezüglich der Deutschen Burschenschaft sein. Leider scheuten sowohl die JUSOS als auch die JUSO-Hochschulgruppen eine Beteiligung an einer solchen offenen Diskussion. Dabei wird deutlich, wie absurd die ständigen Angriffe der JUSOS auf die Deutsche Burschenschaft sind. Nun wurde außerdem bekannt, daß verschiedene JUSO-Gruppen auf eine Ausweitung des Unvereinbarkeitsbeschlusses auf andere Burschenschaften sowie weitere Korporationsverbände hinarbeiten. Ein Ende dieser leidigen Debatte scheint daher nicht absehbar.

Wie schon in vergangenen Verlautbarungen dargelegt, wird sich die Deutsche Burschenschaft auch weiterhin einer möglichen Diskussion mit der SPD nicht verschließen, jedoch sieht sie nunmehr die Sozialdemokratische Partei in der Pflicht. Nach Ansicht der Deutschen Burschenschaft ist es auch zweifelhaft, ob ein solcher Unvereinbarkeitsbeschuß im Einzelfall der gerichtlichen Überprüfung standhalten wird. Die Deutsche Burschenschaft ruft deshalb sämtliche sozialdemokratisch organisierten Burschenschafter auf, sich innerhalb ihrer Partei zu ihrer Mitgliedschaft in einer Burschenschaft zu bekennen und Anfeindungen oder Ausschlußversuche aus der Sozialdemokratischen Partei gerichtlich überprüfen zu lassen.

Im Auftrag

Rechtsanwalt Karsten Rausch  
Pressesprecher der Deutschen Burschenschaft